



0009/2014

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 123 der Geschäftsordnung

zur Förderung der sozialen Inklusion und zur Bekämpfung jeglicher Form von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt

**Salvador Sedó i Alabart (PPE), Antonio Cancian (PPE),
Amelia Andersdotter (Verts/ALE), Thomas Mann (PPE), Phil Bennion
(ALDE), Michael Cashman (S&D), Ismail Ertug (S&D), Raimon Obiols
(S&D), Jacek Protasiewicz (PPE), Marta Andreasen (ECR), Davor Ivo
Stier (PPE)**

Fristablauf: 16.4.2014

Schriftliche Erklärung gemäß Artikel 123 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments zur Förderung der sozialen Inklusion und zur Bekämpfung jeglicher Form von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt¹

1. Die Wirtschaftskrise hat die Beschäftigungsfähigkeit und die Inklusion der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen der Gesellschaft unverhältnismäßig gefährdet. Diese Gruppen sehen sich nicht nur beim Zugang zum Arbeitsmarkt mit zusätzlichen Hindernissen konfrontiert, sondern auch, wenn sie versuchen, harmonisch in der Gesellschaft zu leben.
2. Das Ziel, soziale Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen, ist in den Verträgen verankert.
3. Die Kommission wird daher aufgefordert, innerhalb der Grenzen der Zuständigkeiten, die ihr in den Verträgen übertragen wurden, besonderes Augenmerk auf die Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts zu richten, der benachteiligten Personen eine Chance bietet, wobei gleichzeitig jegliche Form von Diskriminierung zu bekämpfen ist, und insbesondere günstige wirtschaftliche Bedingungen für die Gründung sozialer Unternehmen zu fördern, die ihre Überschüsse reinvestieren, um ein größeres soziales oder gemeinschaftliches Ziel zu verwirklichen.
4. Diese Erklärung wird mit den Namen der Unterzeichner der Kommission übermittelt.

¹ Gemäß Artikel 123 Absätze 4 und 5 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments wird die Erklärung, wenn sie die Unterschriften der Mehrheit der Mitglieder des Parlaments erhalten hat, mit den Namen der Unterzeichner im Protokoll veröffentlicht und an die Adressaten übermittelt, ist für das Parlament aber nicht bindend.